

pax_zeit

1_2022

Auswirkungen der
Energiewende



pax
christi

Internationale Katholische
Friedensbewegung



Über die Anfänge der pax christi-Gruppe in den 50er und 60er Jahren in Trier berichtet Friedhelm Boll auf den Seiten 12 und 13.



Was hat St. Martin mit dem Rockstar Campino zu tun?

Mit dieser Frage geht pax christi beim Katholikentag in Stuttgart auf die Besucher:innen der Kirchenmeile zu. Ahnen Sie es? Beide haben den Kriegsdienst verweigert! Am pax christi-Stand kann noch mehr über gewaltfreies Handeln erfahren werden.

Auch im Katholikentagsprogramm ist pax christi präsent: zum Thema Migrationsabwehr, Versöhnung in Kolumbien, Nahost und zu Gestalten der Gewaltfreiheit.



Mehr dazu unter paxchristi.de und katholikentag.de

Impressum

pax_zeit Zeitschrift der deutschen pax christi-Sektion. Herausgeberin pax christi Deutsche Sektion e. V., Redaktion Christine Hoffmann (verantw.), Georg Kesting, Odilo Metzler, Josef Roberg Titelfoto © Fairphone Gesamtherstellung Eva Bege- mann & Fabian Wilczek, qupferrot – Visuelle Gestaltung Druck und Versand Druckerei Hitzegrad GmbH & Co. KG, Wuppertal.

Leser*innenbriefe und mit Namen gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich den Abdruck und die Kürzung von Leser*innenbriefen vor.

pax christi – Deutsche Sektion e. V., Feldstr. 4, 13355 Berlin, Tel. 030 2007678-0, sekretariat@paxchristi.de, www.paxchristi.de

Gedruckt auf CircleOffset (100 % Altpapier, FSC- und Blauer Engel zertifiziert)

Redaktionsschluss für die Ausgabe 02_2022: 11.03.2022

Beilage: „Bergbau verschärft die Klimakrise“, Hg. PowerShift

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

wieso reden eigentlich alle von E-Mobilität statt von mehr Bussen und Bahnen? Was das mit der Friedensarbeit zu tun hat? Viel mehr als uns lieb ist. Denn die Förderung von E-Autos hierzulande und anderswo verschlechtert die Situation der Menschen im Kongo. Von neuen Vorhöllen im Kongo spricht die pax christi-Kommission Solidarität mit Zentralafrika und fragt, ob die Energiewende die Hoffnung auf die nachhaltige Rohstoffgewinnung endgültig zunichtemacht. Dieser Frage geht die pax_zeit auf den folgenden Seiten in drei Schwerpunktartikeln nach, für die wir Expert:innen aus dem Kongo und aus Deutschland gewonnen haben.

Wichtige außenpolitische Aspekte der geplanten Politik der Bundesregierung nimmt die pax christi-Kommission Friedenspolitik unter die Lupe. Sie prüft, wie viel Frieden im Koalitionsvertrag der „Ampel“ steckt – und benennt die Herausforderungen der kommenden vier Jahre.

Mit dem Projekt „gewaltfrei wirkt.“ bleibt der Bundesvorstand konsequent dran an der Verbreiterung des Wissens über die Möglichkeiten und Chancen aktiver Gewaltfreiheit. Nicht nur kleine Konflikte können gewaltfrei bearbeitet werden. Papst Franziskus rief 2017 alle Politiker:innen der Welt dazu auf, Gewaltfreiheit zum Politikstil für den Frieden zu machen. Im Frühjahr geht eine neue pax christi-Webseite live, die fundierte Informationen und Erfahrungen mit den Methoden der aktiven Gewaltfreiheit zusammenträgt und öffentlich zugänglich macht. Ein heißer Tipp für auch Lehrer:innen an Schulen und Hochschulen! Das neue Portal wird auf Seite 14 präsentiert.

Auf dem Weg zum 75-jährigen Bestehen der pax christi-Bewegung in Deutschland startet in dieser pax_zeit mit einem Bericht über Aktivitäten in den 50/60-Jahren in Trier und Umgebung eine lose Folge von Artikeln, die Eindrücke aus der reichen pax christi-Geschichte vermitteln.

Zum 80sten Geburtstag gratuliere ich an dieser Stelle ganz herzlich meinem Vorgänger als pax christi-Generalsekretär: Joachim Garstecki. pax christi wünscht Dir Gottes Segen, Gesundheit und viel Lebensfreude weiterhin!

Inspirierende Momente beim Lesen der vielen spannenden Themen dieser pax_zeit wünscht

Ihre
Christine Hoffmann

Inhalt

Auswirkungen der Energiewende

4 Wem gehören die Ressourcen des Kongo?

Boniface Mabanza Bambu

6 Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Nutzung von Rohstoffen

Henri Muiya Musabate

8 E-Mobilität – die Rohstoffe sind das Problem

Hannah Pilgrim und Michael Reckordt

Friedenspolitik

10 Friedens- und Sicherheitspolitik im Koalitionsvertrag

Kommission Friedenspolitik

Geschichte

12 pax christi-Geschichte persönlich erlebt

Friedhelm Boll

Online

14 Neues Online-Portal zur aktiven Gewaltfreiheit

Inga Ferber

Dialog

16 Verantwortung als Prinzip

Werner Höbsch

International

18 Menschen befähigen, Frieden zu schaffen

Jan Jaap van Oosterzee

Out in Church

20 Für Diversität in der katholischen Kirche!

Gemeinsame Erklärung katholischer Verbände und Organisationen

Diözesanverbände im Profil

21 Dezentrale antifaschistische Streuobstwiese

Susanne Deufel-Herbolte und Reinhard Herbolte

Kommission im Profil

22 Kommission Christlich-Muslimischer Friedensdialog

Werner Höbsch

Glaube Perspektive

23 Glaube ist immer auch Gewaltanschauung

Klaus Hagedorn



Foto: © Fairphone

Im Schwerpunktthema „Auswirkungen der Energiewende“ diskutieren wir, welche Schlüsselrolle die sog. Metalle des 21. Jahrhunderts wie Lithium, Mangan oder Kobalt für die Menschen im Kongo haben. Wir beleuchten Aspekte von massiven Menschenrechtsverletzungen, zeigen aber gleichzeitig mögliche Auswege aus der Krise auf. Mehr dazu finden Sie auf den Seiten 4 bis 9.



Wem gehören die Ressourcen des Kongo?

Zur Entpolitisierung der Ausbeutung für die grüne Färbung unserer Lebensstandards

Boniface Mabanza Bambu

Lithium, Kobalt, Mangan, Kupfer, Gold und Diamanten sind nur einige der wertvollen Ressourcen, die die Regierung der DR Kongo unter ihrem Boden identifiziert hat. Die meisten dieser Ressourcen sind sogenannte Metalle des 21. Jahrhunderts. Sie spielen eine Schlüsselrolle in der weltweit angesichts des Klimawandels viel diskutierten Energie- und Mobilitätswende. Mit einem guten Konzept für die eigenen Interessen im Zusammenspiel mit den potenziellen Partner:innen hätte das Land eine historische Chance, eine jahrhundertealte Geschichte hinter sich zu bringen. Sie könnte dafür sorgen, dass der natürliche Segen, der „geologische Skandal“, wie man ihn im Kongo nennt, von der Mehrheit der Bevölkerung in diesem Land wie ein Fluch erlebt wird. Trotz der Machtübernahme durch nationale Eliten seit 1960 haben sich die Voraussetzungen leider nicht so verändert, dass der kolonialen Durchdringung ein Ende gesetzt werden kann. Im Gegensatz dazu bringt der neue „Scramble“ um die Ressourcen des Kongo noch mehr Krieg, Leiden für die Bevölkerung und Zerstörung der Ökosysteme.

Bergbau und Menschenrechtsverletzungen

Zunächst geht es um die erbarmungslosen Interessen derer, die die Ressourcen des Kongo benötigen, um ihre Wirtschaftskreisläufe grün färben zu können. Diese Akteur:innen liefern sich einen Kampf, um diese Ressourcen für sich zu gewinnen. Sie scheren sich nicht um Menschenrechtsdiskurse oder bedienen sich einer Menschenrechtsrhetorik mit larmoyanten Floskeln, vermochten aber keine entscheidenden Maßnahmen auf den Weg zu bringen. Initiativen wie Lieferkettengesetze sorgen bestenfalls dafür, die wertvollen Ressourcen als „Blut- oder Konfliktressourcen“ abstempeln zu lassen, solange sie in den Händen kongolesischer Kleinschürfer:innen sind, um sie dann reinzuwaschen, spätestens wenn sie in Zwischen- oder Endprodukten sind. So finden die Ressourcen des Kongo ihren Weg in die Wertschöpfungsketten westlicher Länder. Regulierungen solcher Art erweisen sich als irrelevant für diesen Kontext. Regierungen in westlichen Industrienationen sind dem doppelten Druck einer Öffentlichkeit ausgesetzt, die zum einen ihren Lebensstandard beibehalten

will, was voraussetzt, dass der Zugang zu Rohstoffen für klimafreundliche Technologien so billig wie möglich ist, zum anderen soll die Klimafreundlichkeit der Wirtschaftskreisläufe zumindest angestrebt werden. So werden nicht die Interessen der Menschen im Kongo vertreten, sondern die ihrer Unternehmen.

Fehlende staatliche Strukturen

Die Interessen der Menschen in der DR Kongo können zwar von Regierungen anderer Länder und internationalen Organisationen begleitet werden, müssen aber in erster Linie von den Verantwortlichen im Land selbst verteidigt werden. Diese sind, und das ist die zweite Dimension des Rohstoffflusses, zumindest bisher eher Teil des Problems als der Lösung, was zum großen Teil mit der fehlenden Legitimität der Machtstrukturen zusammenhängt. Bis auf die kurze Amtszeit Lumumbas hat der Kongo seit seiner Gründung noch nie eine legitime Regierung gehabt. Selbst nach der Erlangung der formellen Unabhängigkeit von Belgien wurde nach der Ermordung Lumumbas das Modell des Kongo als Privateigentum, das vom belgischen König Leopold II. etabliert wurde, fortgesetzt: unter Mobutu, den Kabilas und Tshisekedi. Unter all diesen Regimes existierte kein Staat, sondern ein reiches Territorium unter einem mächtigen Führer und seiner Clique. Diese stand immer in einer unheilvollen Allianz mit ausländischen Machtzentren, von denen ihre Legitimität begründet wurde und die im Gegenzug die Ressourcen des Landes kontrollierten und immer noch kontrollieren. Die Begehrlichkeiten ausländischer Mächte hätten abgewehrt, bzw. kanalisiert werden können, wenn der Kongo über eine legitime Regierung verfügen würde, die es schafft, einen nationalen Mindestkonsens zu erzielen, um die Verwaltung wertvoller Ressourcen an nationalen Interessen zu orientieren, die die Einhaltung von Demokratie-, Sozial- und Umweltstandards hochhalten.

Die fehlende Legitimität, bzw. ihre Begründung durch ausländische Interessen, führt zu einer Situation, in der die wertvollsten Rohstoffe des Landes zu lachhaften Preisen verschert werden. Im Gegenzug dazu erhalten die selbst ernannten Regierenden den Zugang zu den Konsumgütern und die „guten Beziehungen“, die ihre Macht sichern. Währenddessen gehen die Menschenrechtsverletzungen weiter. Die Ressourcen, die in anderen Teilen der Welt Zukunft sichern sollen, tragen im Kongo jetzt schon dazu bei, durch Krieg, massive Menschenrechtsverletzungen, Umweltzerstörung, Verschmutzung der Böden und Flüsse das Leben für große Teile der Bevölkerung in den Abbaugebieten unmöglich zu machen. Wer in Bezug auf den Kongo und andere rohstoffreiche Länder dieses grundlegende Problem verkennt, verfolgt einen technokratischen Ansatz, der zu einer Entpolitisierung der Probleme führt.

Eine derartige Strategie, die viele Regierungen aus westlichen Ländern charakterisiert, ist gut für die eigene Gewissensberuhigung. Außerdem trägt sie dazu bei, den

Neue Vorhöllen im Kongo: Macht die Energiewende die Hoffnung auf die nachhaltige Rohstoffgewinnung endgültig zunichte?

Wir leben mitten im ökologisch unabdingbaren Wechsel zu neuen, möglichst kohlenstofffreien Formen von Energie. Die Weltmärkte schreien nach seltenen Erden, Kobalt und anderen Rohstoffen, die vorrangig für den rapide zunehmenden Bedarf an Energiespeichern wichtig sind. Der Kongo verfügt über eine Reihe dieser Rohstoffe ganz oben auf der aktuellen Bedarfsliste, um die sich die Länder des Nordens reißen. Was bedeutet das für die Menschen vor Ort, die seit Langem vielfach Opfer von unmenschlichen Verhältnissen, Vertreibung und Gewalt sind? Welche Perspektiven sehen Sie mit Blick auf die Situation der Arbeiter:innen und der schuftenden Kinder in den Rohstoffminen der DR Kongo? Ist das Lieferkettengesetz in Deutschland ein wirksames Instrument, die menschenrechtlichen Dimensionen der Rohstoffausbeutung zu thematisieren, etwas vor Ort zu verbessern? Oder müsste die internationale Gemeinschaft ganz anders ansetzen?

Wertemperialismus des Westens und seine Deutungshoheit zu bekräftigen. Dass der Boom der „Ressourcen der Zukunft“ mit einem Aufflammen eines der brutalsten Kriege der letzten Jahre korrespondiert, scheint niemanden wirklich zu stören. Alle sind froh, wenn irgendwann durch komplizierte Lieferketten diese Ressourcen aus dem Kongo ihre Wirtschaftskreisläufe erreichen.

Eine grundlegende Veränderung steht den Interessen der Länder entgegen, die die Ressourcen der DR Kongo für ihre grüne Färbung brauchen. Notwendig wäre ein Weg, der von der einseitigen Extraktion, der Konzentration auf Rohstoffexporte wegführt – hin zur Nutzung der reichen landwirtschaftlichen Potenziale. So kann progressiv eine integrierte und binnenorientierte Ökonomie aufgebaut werden, die den Bedürfnissen der Bevölkerung gerecht wird und auf lokale und regionale Wertschöpfungen setzt.

Boniface Mabanza Bambu studierte Philosophie, Literaturwissenschaften und Theologie in Kinshasa und promovierte an der Universität Münster. Seit 2008 arbeitet er als Koordinator in der Kirchlichen Arbeitsstelle Südliches Afrika (KASA) in Heidelberg.

Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Nutzung von Rohstoffen

Zur Situation der Demokratischen Republik Kongo

Henri Muiya Musabate



Foto: Fairphone

Die Demokratische Republik Kongo wurde von der UN-Weltklimakonferenz wegen ihrer ausgedehnten Wälder, Torfmoore und wegen ihres für die Energiewende wichtigen Mineralienreichtums als Schlüsselland im Kampf gegen den Klimawandel eingestuft. Unser Land verfügt über fast die Hälfte der weltweiten Kobaltreserven. Außerdem gibt es bedeutende Vorkommen von Lithium, Seltenen Erden, Kupfer, Coltan und mehr – alles Rohstoffe, die für die Energiewende dringend gebraucht werden.

Die weltweite Nachfrage ist enorm, doch aufgrund der ineffektiven Verwaltung und der miserablen staatlichen Bewirtschaftung des Bergbausektors hat das Land nichts davon. Die Überarbeitung des Bergbaugesetzes im Jahr 2018 hat im Hinblick auf die Interessen des Landes und der Bevölkerung die Rahmenbedingungen etwas verbessert: Das Bergbaugesetz soll bei privaten Abkommen besser durchgesetzt werden, Abgaben für gemeinschaftliche soziale Projekte sind nun vorgeschrieben (Bergbauabgabe, 0,3 Prozent des Umsatzes von Bergbauunternehmen für Entwicklungsprojekte), die Voraussetzungen für transparente Geschäftsführung und für die unvermeidliche Umsiedlung der Bevölkerung wurden verbessert und einiges mehr.

Fakt bleibt aber, dass der Staat nicht die erforderliche Kontrolle über ihre Rohstoffe ausübt. Fehlende Kenntnis des Wertes der Bodenschätze führt immer wieder dazu, dass sich sowohl der Staat als auch die lokale Bevölkerung von privaten Akteur:innen

überteuern lässt. Die dringend notwendige Reserve für künftige Generationen wird nicht geschaffen. Zudem erwirtschaften die vielerorts dominierenden Kleinschürfer:innen nichts für den Staat. Sowohl der industrielle als auch der informelle Abbau verursachen gewaltige soziale und ökologische Schäden. Ferner werden im Land lediglich Ausgangsprodukte für die industrielle Produktion generiert. Im Kongo werden praktisch keine Maschinenteile oder Fertigprodukte hergestellt. Die Kontrolle über den Markt für den Verkauf von Mineralien ist dem Einfluss des Staates praktisch vollständig entzogen.

Ein Blick auf die Elektromobilität macht das grundlegende Problem deutlich: Das Stromversorgungsnetz ist völlig unzureichend, Straßenbau und Schienentransport sind in miserablen Zustand. Erstaunlich sind allerdings die Mobiltelefonnetze, für die Solarpaneele und Generatoren den Strom liefern. Telefonieren will jeder.

Die Hoffnung verlieren?

Vielfach mangelt es an Kenntnissen über die Vorkommen im Untergrund. Die Bergbaupolitik ist völlig inkompetent, die Vergabe von Schürfrechten undurchsichtig. Zudem muss man befürchten, dass die Reserven in etwa 20 bis 30 Jahren aufgebraucht sein werden. Einige multinationale Unternehmen, die im Besitz von Bergbautiteln sind, rechnen zwar offiziell mit einer Ausbeute für mindestens 50 Jahre. Geht man von einer durchschnittlichen Laufzeit einer Mine etwa 25 Jahre aus,



dann ist auf jeden Fall ein markanter Produktionsrückgang in den Jahren 2040–2050 zu erwarten. Die Vorkommen in den großen Lagerstätten wie Kamao gehen dem Ende entgegen, und bedeutende neue Explorationen sind nicht zu erwarten.

Ein Bericht der Weltbank prognostiziert für das Jahr 2050 eine weltweite Kobaltnachfrage von 644.000 Tonnen, doch die zurückgehende Produktion wird bei lediglich 144.000 Tonnen liegen. Das Defizit wird die Preise deutlich in die Höhe treiben. Derzeit liegt die durchschnittliche Jahresproduktion in der DR Kongo bei 82.672 Tonnen (nach den Zahlen von 2010 bis 2019 der staatlichen CTCPM, der Cellule Technique de Coordination et de Planification Minière). Angesichts der kommenden Verknappung ist zu befürchten, dass die wirtschaftlichen Prioritäten die sozialen und ökologischen Bedenken noch mehr in den Schatten stellen.

Das Lieferkettengesetz in Deutschland

Das deutsche Gesetz zur Sorgfaltspflicht in Lieferketten schließt sich den internationalen Initiativen zur Rückverfolgbarkeit von Mineralien an: das Dodd-Frank-Gesetz der USA, die OECD-Richtlinien zur Sorgfaltspflicht, die EU-Verordnung für einige strategische Rohstoffe, die sechs Instrumente der Internationalen Konferenz über die Region der Großen Seen. Es gibt also eine Reihe von Versuchen, Rohstoffmärkte zu regulieren. Deutschland ist jedoch nur ein kleiner Player auf den Rohstoffmärkten der DR Kongo. Von den zehn großen Kobaltunternehmen in der DR Kongo verfügen China (China

Molybdenum, Sicominex), die Schweiz (Glencore), Indien (Chemaf), Kanada und Belgien über die Kapitalmehrheit und teilen den Kobaltmarkt an der Quelle zwischen sich auf.

Internationaler Ansatz?

Statt auf gut gemeinte nationale Gesetze zu bauen, sollten die Staaten des Nordens besser multinational vorgehen. Richtig wäre es, Klima- und Ressourcenfrage konsequent zu verknüpfen. Die Basis dafür ist das Pariser Klimaabkommen von 2015, das sich unter anderem mit der Rohstofffrage für den nachhaltigen Umbau der Industriegesellschaften beschäftigt. Ziel ist die solidarische Entwicklung, finanzielle Unterstützung für das Klimasenken und der Transfer klimafreundlicher Technologie. Es muss auch um Forschungsförderung gehen, um die drohende Lücke bei der Kobaltversorgung durch neue Batterietechnologien zu schließen. Ebenso könnte Deutschland davon profitieren, wenn E-Mobile in kobaltproduzierenden Ländern produziert werden, was wiederum eine begleitende Maßnahme zur Verbesserung von guter Regierungsführung und nicht zuletzt für mehr menschliche Sicherheit darstellt.

Henri Muhiya Musabate ist Exekutivsekretär der Bischöflichen Kommission für natürliche Ressourcen der nationalen Bischofskonferenz der DR Kongo (CERN/CENCO).

Übersetzung: Reinhard Voß und Heinz Werner Wessler



Die E-Mobilität schafft neue Probleme

„Weniger Autos, mehr globale Gerechtigkeit“

Hannah Pilgrim und Michael Reckordt

Es sind Bilder, die sich einbrennen: kongolesische Kinder, die mit einfachen Mitteln Kobalt aus der Tiefe holen. Oder das Bild von sonnigen Bergen und lithiumhaltigen Salzseen, vor denen Viehzüchter:innen über Wasserkonflikte berichten. Die Message ist klar: Die Rohstoffe sind das zentrale Problem bei der E-Mobilität. Dass Diesel und Benzin nicht in der Nachbarschaft auf einem Feld wachsen, ist kein Thema. Ebenso nicht, dass Probleme bei der Erdöl-Förderung sowohl den Golf von Mexiko als auch das Nigerdelta ökologisch zerstört haben.

Die Rohstofffrage wird sehr stark auf die Erneuerbaren und die E-Mobilität zugeschnitten. Und ja, wir stehen vor Herausforderungen, weil in diesen Bereichen Mehrbedarfe auf uns zukommen. Was dabei ignoriert wird: Schon heute ist unser

Verbrauch an metallischen Rohstoffen viel zu hoch. Übersehen wird, dass unsere Art der Individualmobilität ein zentrales Problem ist, sozusagen der „weiße Elefant“ im Raum. Autos bestehen nicht aus nachwachsenden Rohstoffen, sondern aus Metallen. Der Antrieb spielt dabei eine untergeordnete Rolle. Der Abbau dieser im Auto verarbeiteten Rohstoffe, wie Eisen, Bauxit, Kupfer oder Nickel, sorgt immer wieder für Menschenrechtsverletzungen, für Umweltzerstörung und für Proteste gegen Bergbau.

„Blechkisten“

Häufig sind es mehrere Dutzend verschiedener Rohstoffe aus einigen hundert Minen, die in einem Fahrzeug verbaut sind. Die meisten Rohstoffe gehen in die Karosserie eines Autos,

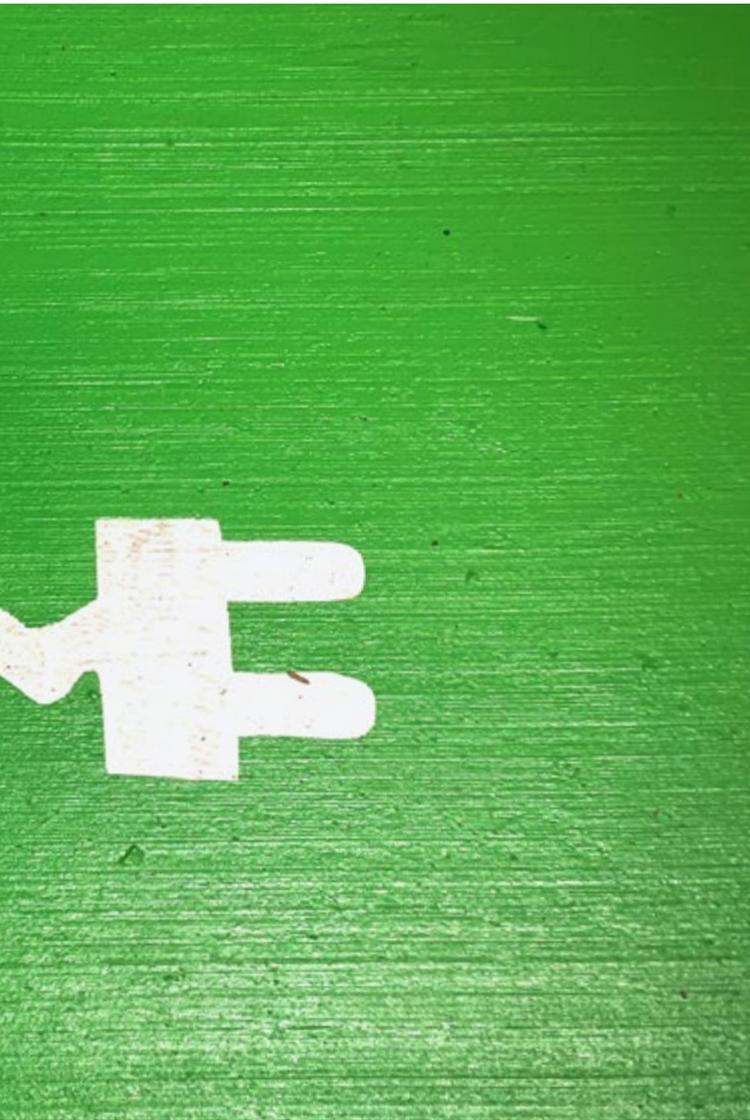


Foto: Ralph Hutter / unsplash.com

weshalb diese umgangssprachlich auch Blechkisten genannt werden. Diese ist aus Stahl (Eisen) und Aluminium (Bauxit). Mehr als ein Viertel des in Deutschland verarbeiteten Stahls geht in den Automobilsektor. Herkunftsland von Eisen ist vor allem Brasilien. Dort brach am 25. Januar 2019 ein Rückhaltebecken des Konzerns Vale. 272 Menschen verloren ihr Leben, weitere tausende Menschen ihre Existenzgrundlage, da die giftige Schlammlawine großflächig die Region verseuchte. Automobilhersteller konnten nicht ausschließen, aus dieser Region und aus dieser Mine zuvor Eisenerz erhalten zu haben.

In der Region Boké in Guinea wurde 2016 von der deutschen Bundesregierung eine Garantie für Ungebundene Finanzkredite (UFK) bewilligt, um die Bauxit-Versorgung einer Aluminiumschmelze in Stade bei Hamburg zu sichern. Dort wird das Bauxit zu Aluminium(hydr)oxid weiterverarbeitet. Im Hamburger Hafen werden daraus u. a. Aluminiumbleche für Autos produziert. Was mit der UFK-Garantie nicht gesichert wurde, war die Entschädigung für die Menschen im betroffenen Dorf Hamdallaye. Sie verloren ihre landwirtschaftlichen Anbauflächen, ihre Wasserquellen und Einnahmemöglichkeiten. 105 Haushalte wurden inmitten der Coronapandemie auf karges Land mit undichten Häusern umgesiedelt, um den Bauxit-Abbau voranzutreiben. Für die

Wasserversorgung der umgesiedelten Bevölkerung stehen gerade einmal sechs manuelle Wasserpumpen zur Verfügung. Eine Reaktion der Bundesregierung blieb bisher aus, im Gegenteil: Laut Informationen der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe stieg der deutsche Import von Bauxit aus Guinea von 2019 auf 2020 um mehr als 34 Prozent.

Menschenrechtsverletzungen im Bergbau

Der Bergbausektor steht immer wieder mit gravierenden Menschenrechtsverletzungen bis hin zu Konfliktfinanzierung, wie in der DR Kongo, in Verbindung. In den Jahren 2019 und 2020 wurden nach Angaben von Global Witness 67 Umweltaktivist:innen aufgrund ihres politischen Engagements gegen Bergbau ermordet. Die europäische Konfliktmineralienverordnung oder das deutsche Lieferkettengesetz versuchen, die Unternehmen stärker in die Einhaltung von Menschenrechten einzubinden. Doch es gibt in beiden Verordnungen große Schlupflöcher. Vor allem Zugang zu Klage- und Entschädigungsmöglichkeiten für Betroffene von Menschenrechtsverletzungen sind in bisherigen gesetzlichen Regelungen nicht verankert. Das deutsche Lieferkettengesetz hat zudem eine zu geringe Verbindlichkeit für Sorgfaltspflichten entlang der gesamten Lieferkette bis zum Bergbau.

PowerShift und andere Organisationen des AK Rohstoffe fordern daher eine Rohstoffwende. Diese Rohstoffwende muss sowohl den absoluten Verbrauch von metallischen Rohstoffen als Ziel haben, als auch die verbindliche Umsetzung menschenrechtlicher Standards. Denn weniger Verbrauch hier heißt weniger Konflikte um den Rohstoffabbau an anderer Stelle. Ein wirkungsvoller Hebel, den Verbrauch von metallischen Rohstoffen zu begrenzen, ist allerdings nicht das Ausbremsen der Energiewende. Viel stärker sollte sich auf eine generelle Mobilitätswende konzentriert werden. Denn, wie PowerShift, Brot für die Welt und MISEREOR fordern: „Weniger Autos, mehr globale Gerechtigkeit“! Konkret heißt das, eine deutliche Reduktion der heute in Deutschland zugelassenen Fahrzeugen sowie deren Größe und Gewicht. Dies gelingt nur, wenn eine Verlagerung von der Straße auf die Schiene stattfindet und Fuß- und Radwege ausgebaut werden, aber auch eine Stadt- und Regionalplanung veränderte Mobilitätsmuster mitbedenkt.

Hannah Pilgrim arbeitet bei PowerShift und koordiniert das bundesweite Netzwerk AK Rohstoffe.

Michael Reckordt arbeitet zur Rohstoffwende sowie zu den Themen Mobilität und Rohstoffe bei PowerShift



www.ak-rohstoffe.de

www.power-shift.de/campaign/rohstoffwende/

Friedens- und Sicherheitspolitik im Koalitionsvertrag

Eine Analyse der Kommission Friedenspolitik

In der pax_zeit 2_2021 formulierte die pax christi-Kommission Friedenspolitik Erwartungen an die Sicherheitspolitik nach der Bundestagswahl. Sie nimmt nun den Koalitionsvertrag unter die Lupe.

Bekennnis zur atomaren Abschreckung

Statt aus dem Teufelskreis der Abschreckung auszusteigen und die Nukleare Teilhabe zu beenden, bekennt sich die Ampel-Koalition zur NATO, zur atomaren Abschreckung und zur atomaren Teilhabe „so lange Kernwaffen im strategischen Konzept der NATO eine Rolle spielen“. Die Koalition hat sich für einen Beobachterstatus bei der Überprüfungs-konferenz des Atomwaffenverbotsvertrages entschieden, dessen Ziel einer atomwaffenfreien Welt anerkannt wird. Mit Entscheidungen der Koalition zur Tornado-Nachfolge und zu einem Kampf-flugzeug für einen Atomwaffeneinsatz wird jedoch in eine jahrzehntelange Fortsetzung von atomarer Teilhabe und Abschreckung investiert.

Beschaffung von Kampfdrohnen

„Unter verbindlichen und transparenten Auflagen und unter Berücksichtigung von ethischen und sicherheitspolitischen Aspekten will die Koalition die Bewaffnung von Drohnen der Bundeswehr ermöglichen. Der Einsatz soll nach den „Regeln des Völkerrechts“, insbesondere ohne „extralegale Tötungen“ und unter Einbezug „in internationale Kontrollregime“ erfolgen. Abgelehnt werden „letale autonome Waffen“. Dies bedeutet den brisantesten qualitativen Aufrüstungsschub seit der nuklearen Abschreckung. Nicht angesprochen wird das ethische Kernproblem des Drohnenkriegs, nämlich die Zerrüttung der Notwehr-Voraussetzung aller Kriegsethik durch die absolute Informations- und Wirkmacht-Disparität zwischen Einsatz- und Zielpersonen. Für die Soldat:innen, die damit nicht zur Notwehr, sondern zum Mord eingesetzt werden, bedeutet dies einen Angriff auf ihre moralische Identität, dem sie sich nur durch Verweigerung entziehen können.

Rüstungsexport

Erfreulich ist die Ankündigung eines nationalen Rüstungsexportkontrollgesetzes mit dem Ziel, den Gemeinsamen Standpunkt der EU, die Politischen Grundsätze der Bundesregierung, die Kleinwaffengrundsätze und die Ausweitung von Post-Shipments-Kontrollen gesetzlich zu verankern. Es muss ermöglichen, dass die Rechtmäßigkeit von



Rüstungsexportgenehmigungen durch die Bundesregierung vor Gerichten überprüfbar ist (Verbandsklagerecht). Auch muss das grundsätzliche Verbot von Genehmigungen an Drittstaaten außerhalb von EU und NATO durchgesetzt werden, die mehr als die Hälfte aller Rüstungsexporte ausmachen. Auch Rüstungsunternehmen müssen zur Rechenschaft gezogen werden können, etwa durch zivilrechtliche Haftungsregeln in einem solchen Gesetz. Der Prozess gegen Heckler und Koch vor dem Oberlandesgericht Stuttgart wegen deren Mexiko-Lieferungen hat gezeigt, wie schwer es ist, offensichtliche Gesetzesverstöße überhaupt zur Anklage zu bringen.

Höchst dringlich ist auch die angekündigte EU-Rüstungsexport-Verordnung. Sie muss der mit der European Peace Facility (EPF) ermöglichten EU-Rüstungsexportpolitik in Drittländern vorausgehen.

Krisenprävention und Konfliktbearbeitung: allenfalls Ansatzpunkte

Für das von pax christi geforderte Umsteuern zu einer Friedenspolitik im Sinne von „Sicherheit neu denken“ bietet der Koalitionsvertrag keine Grundlage, bestenfalls Anknüpfungspunkte. Die Friedenspolitischen Leitlinien der Bundesregierung von 2017 mit dem Vorrang von Prävention und ziviler Konfliktbearbeitung werden mit gerade fünf Zeilen



gewürdigt: Die Koalition will „Planziele definieren, um verlässlich und schnell Personal sowie finanzielle Mittel für zivile Krisenprävention bereitstellen zu können.“ Vom Ausbau des Zivilen Friedensdienstes und anderer friedensfördernder Instrumente ist keine Rede.

Die Widersprüche lassen das Tauziehen der Koalitionäre erahnen. Man darf gespannt sein, wie die Bundesregierung in ihrer „umfassenden nationalen Sicherheitsstrategie“, die sie im ersten Jahr ihrer Regierungszeit vorlegen will, die Spannungen zwischen den unterschiedlichen Absätzen des Koalitionsvertrages auflösen will.

Unterstützenswert sind die Aussagen „zu einer abrüstungspolitischen Offensive“, zur Stärkung der Vereinten Nationen, zur Umsetzung der UN Resolution 1325 im Sinne einer „feministischen Außenpolitik“, zur OSZE und dem Europarat, zum „Völkerrecht des Netzes“, zu Menschenrechten und insbesondere zur Entwicklungszusammenarbeit. Dort sind auch eindeutige Finanzierungszusagen festgehalten für eine Entwicklungshilfe-Quote von 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes, davon 0,2 Prozent für die ärmsten Länder. Mittel für internationale Klimafinanzierung sollen zusätzlich bereitgestellt werden. Die Ausgaben für Krisenprävention, humanitäre Hilfe, Entwicklungszusammenarbeit u. a. sollen

„wie bisher im Maßstab eins zu eins wie die Ausgaben für Verteidigung steigen auf Grundlage des Haushalts 2021“. Aber das ungleiche Verhältnis zwischen dem zivilen und dem militärischen Sektor wird dadurch nicht angeglichen. Denn drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes soll Deutschland „langfristig“ in internationales Handeln investieren, „so seine Diplomatie und Entwicklungspolitik stärken und seine in der NATO eingegangenen Verpflichtungen erfüllen“. Heißt wohl ein prinzipielles Ja zum 2 Prozent-Ziel der NATO, aber nicht sofort bzw. in dieser Legislaturperiode.

Fazit: Der Koalitionsvertrag enthält Ansatzpunkte zur Friedensförderung, aber auch Rückschläge. Der Aufbruch zu einer glaubwürdigen zivilen Sicherheitspolitik bleibt zwischen den Bekenntnissen zu Bündnisverpflichtungen und zur Aufrechterhaltung von Abschreckung im alten Sicherheitsdenken stecken.

Die Autor*innen des Textes sind die Mitglieder der Kommission Friedenspolitik: Christof Grosse, Gertrud Casel, Odilo Metzler, Albert Fuchs, Wolfgang Kramer und als Vertreter des Bundesvorstandes Horst-Peter Rauguth.

Menschen befähigen, Frieden zu schaffen

PAX – das niederländische Mitglied der großen pax christi-Familie

Jan Jaap van Oosterzee



Menschen befähigen, Frieden zu schaffen, der Titel unseres Strategieplans ist eigentlich die kürzeste Zusammenfassung dessen, was PAX sein will. PAX ist das niederländische Mitglied der pax christi-Familie, der größten niederländischen Friedensorganisation, einer Organisation, die gleichzeitig versucht, eine professionelle internationale Organisation zu sein, die mit Partner:innen auf der ganzen Welt zusammenarbeitet, und Teil einer Friedensbewegung ist, die fest in der niederländischen Gesellschaft verwurzelt ist. Das ist eine Herausforderung.

Ich leite die Lobby- und Advocacy-Abteilung von PAX in ihrem Büro in Utrecht. Vor Covid arbeiteten über 100 Kolleg:innen im PAX-Büro. Forscher:innen, die sich mit der Rolle internationaler Unternehmen befassen, die im konfliktgeplagten Sudan oder in Kolumbien Öl oder Kohle abbauen. Expert:innen für autonome Waffen oder „Killerroboter“ und andere neue Entwicklungen in der Militärtechnologie. Kolleg:innen, die an den Programmen im Nahen Osten und in Afrika arbeiten und unsere Unterstützung für lokale Friedensstifter:innen organisieren. Finanzielle Unterstützung, aber noch wichtiger ist die Solidarität und Beratung zur Stärkung der lokalen Kapazitäten für die Friedenskonsolidierung oder die Überwachung von Kriegsverbrechen. Und natürlich die Kolleg:innen, die für die Finanzverwaltung und die Logistik unserer Arbeit verantwortlich sind. Mein eigenes fünfköpfiges Team konzentriert sich auf die Lobbyarbeit gegenüber dem niederländischen Parlament und der Regierung, den UN- und EU-Institutionen in Bezug auf friedensschaffende Programme, die Kontrolle des Waffenhandels und die soziale Verantwortung der Unternehmen. Etwa 25 weitere Mitarbeiter:innen sind in kleineren Außen- und Verbindungsbüros in Orten wie Erbil (Irak), Juba (Südsudan), aber auch in Brüssel und New York tätig. Natürlich arbeiten wir alle seit zwei Jahren von zu Hause aus, was unsere Arbeit weit weniger angenehm macht. PAX ist wirklich zu einer Institution geworden. Aber so hat es nicht angefangen.

Die Anfänge

pax christi Niederlande wurde 1946, kurz nach dem Zweiten Weltkrieg als katholische Friedensbewegung gegründet. In den 1960er Jahren, dem goldenen Zeitalter der ökumenischen Zusammenarbeit, gründeten pax christi und die protestantischen

Kirchen eine weitere Friedensorganisation, den Zwischenkirchlichen Friedensrat (IKV). pax christi und IKV wurden in den 1970er und 80er Jahren zu den führenden Organisationen der niederländischen Bewegung gegen Atomwaffen, die das niederländische politische Establishment herausforderte. Die Bewegung schaffte es zweimal, mehr als eine halbe Million Demonstrant:innen zu den größten Demonstrationen zu mobilisieren, die die Niederlande je gesehen haben. Ich bin immer noch stolz darauf, dabei gewesen zu sein. Weniger sichtbar, aber ebenso wichtig waren die Bemühungen von pax christi und IKV, Dissident:innenbewegungen in Osteuropa und der Sowjetunion zu unterstützen. Denn wir glaubten, dass ein wirklicher Wandel nicht durch Druck oder Abschreckung zu erreichen sei, sondern durch die Bürger:innen von innen heraus.

1989 endete der Kalte Krieg. Doch bald darauf begannen neue heiße Kriege in und um Europa, auf dem Balkan, in der ehemaligen Sowjetunion und im Nahen Osten. Sowohl pax christi als auch IKV verlagerten in diesen Jahren ihren Schwerpunkt von der Mobilisierung niederländischer Bürger:innen auf die Unterstützung von Aktivist:innen und Friedensstifter:innen in diesen heißen Konflikten, wobei sie auf unseren Kontakten mit Dissident:innenbewegungen in den 80er Jahren aufbauten. In den 90er Jahren war ich persönlich bei IKV angestellt, um ein Programm für den Dialog im Nahen Osten und in Nordafrika zu entwickeln. Langsam entwickelten sich beide Organisationen zu professionellen Organisationen, das niederländische Außenministerium schätzte unsere Arbeit und begann mehr und mehr unserer Programme zu finanzieren. Für pax christi hauptsächlich in Afrika und Lateinamerika, für IKV hauptsächlich auf dem Balkan und im Kaukasus. Beide Organisationen arbeiteten im Nahen Osten. Die Organisationen wurden professioneller, unsere Arbeit mit Kirchen und lokalen Gruppen in den Niederlanden wurde nie aufgegeben, aber sie wurde weniger zentral für unsere Arbeit.

PAX: inklusiv und offen

Auch die Niederlande hatten sich im Laufe der Jahre verändert. Die Gesellschaft wurde vielfältiger, Migrant:innen und Geflüchtete aus der ganzen Welt fanden hier ihre neue Heimat. Die Gesellschaft wurde säkularer. Die Rolle der Kirchen in der Gesellschaft verlor an Bedeutung. Auch unsere Friedensorganisation war von diesen Veränderungen betroffen. Im Jahr 2007 fusionierten wir die Fachorganisationen pax christi und IKV zu einem größeren und stärkeren Team, das wir ein paar Jahre später in PAX umbenannten. PAX behält seine Beziehungen zur katholischen und zur evangelischen Kirche, zu den Mitgliedern von pax christi und zu lokalen Gruppen bei. Der neue Name PAX ist jedoch auch Ausdruck unseres Bestrebens, inklusiver und offener für neue Generationen von Menschen in den Niederlanden zu sein, die nach Frieden streben. Der Anspruch, in unserer Tradition verwurzelt und gleichzeitig offen und inklusiv zu sein, ist oft eine Herausforderung. Eine ebenso große Herausforderung ist die Frage, welche Rolle PAX in unserer eigenen Gesellschaft spielen will.

Angesichts der zunehmenden Spannungen in unserer Gesellschaft und des Erstarkens rechtspopulistischer Parteien in unserem Parlament stellt sich die Frage, wie wir die Lehren, die wir aus der Friedensarbeit in der Ukraine, in Afrika oder im Nahen Osten gezogen haben, in unsere eigene Gesellschaft zurückbringen können.

Es war nie unser Hauptziel, die Organisation oder die Tradition fortzuführen, wir sind da, um etwas zu verändern, PAX kämpft immer noch gegen Atomwaffen. PAX ist auch gegen autonome Waffen oder „Killerroboter“ aktiv und für eine strenge Regulierung des Waffenhandels. Die Unterstützung lokaler Aktivist:innen gegen Gewalt und Unterdrückung und von Friedensstifter:innen ist nach wie vor der Kern unserer Arbeit. Denn wir sind nach wie vor der Meinung, dass ein wirklicher Wandel in den von Konflikten betroffenen Ländern nur durch Menschen von innen heraus erreicht werden kann.

Jan Jaap van Oosterzee ist Leiter des Public Affairs Teams von PAX NL.



Neues Online-Portal zur aktiven Gewaltfreiheit

Konzept der Gewaltfreiheit stärken

Inga Ferber

Wer in einer politischen Diskussion für das Konzept der Gewaltfreiheit einsteht, wird häufig mit Skepsis oder gar Spott bedacht. Schnell wird argumentiert, das Konzept sei zwar moralisch richtig, aber in der Realpolitik nicht wirksam genug. Zu wenig könnte die Gewaltfreiheit als Mittel der Außen- und Sicherheitspolitik der drohenden und real existierenden Gewalt entgegengesetzt werden.

Diese Argumente halten sich hartnäckig und das, obwohl sie einer genaueren Betrachtung des Konzeptes der Gewaltfreiheit nicht standhalten. Denn zahlreiche Studien und Beispiele aus aller Welt zeigen: Gewaltfreiheit wirkt. Gewaltfreie Methoden können Diktatoren stürzen, Kriege abwenden und die Mächtigen der Welt zum Umdenken bewegen. Und wie etwa die Studie „Why Civil Resistance Works“ von Erica Chenoweth und Maria J. Stephan zeigt, wirken gewaltfreie Methoden sogar effektiver als gewaltvolle Alternativen.

Eine neue Website zum Thema aktive Gewaltfreiheit soll dazu beitragen, das Konzept der aktiven Gewaltfreiheit einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Die Website befindet sich derzeit im Aufbau und wird im Frühjahr dieses Jahres unter www.aktivgewaltfrei.de und www.gewaltfreiaktiv.de veröffentlicht werden. Mit der Website soll das Vertrauen in das Konzept der Gewaltfreiheit gestärkt und Lust auf gewaltfreies Engagement geweckt werden. Denn je mehr Menschen mit dem Konzept der Gewaltfreiheit vertraut sind, desto eher wird es auch in politischen Diskussionen als das angesehen werden, was es ist: als einzige sicherheitspolitische Handlungsoption, die moralisch vertretbar und erwiesenermaßen wirksam ist.

Was bietet die neue Website?

Die Website dient als Anlaufstelle für alle, die mehr über das Thema aktive Gewaltfreiheit erfahren möchten. Dabei wird sowohl der strategische als auch der prinzipielle Ansatz der Gewaltfreiheit beleuchtet. Aus strategischer Sicht werden die Funktionsweisen von Gewaltfreiheit als Aktionsprinzip und als sicherheitspolitisches Konzept erläutert. Anhand von wissenschaftlichen Studien wird die Wirksamkeit dieser Funktionsweisen untermauert. Der prinzipielle bzw. spirituelle Ansatz der Gewaltfreiheit findet sich beispielsweise in Zitaten von Vorreiter:innen der Gewaltfreiheit und geistlichen Impulsen zur Gewaltfreiheit wieder.

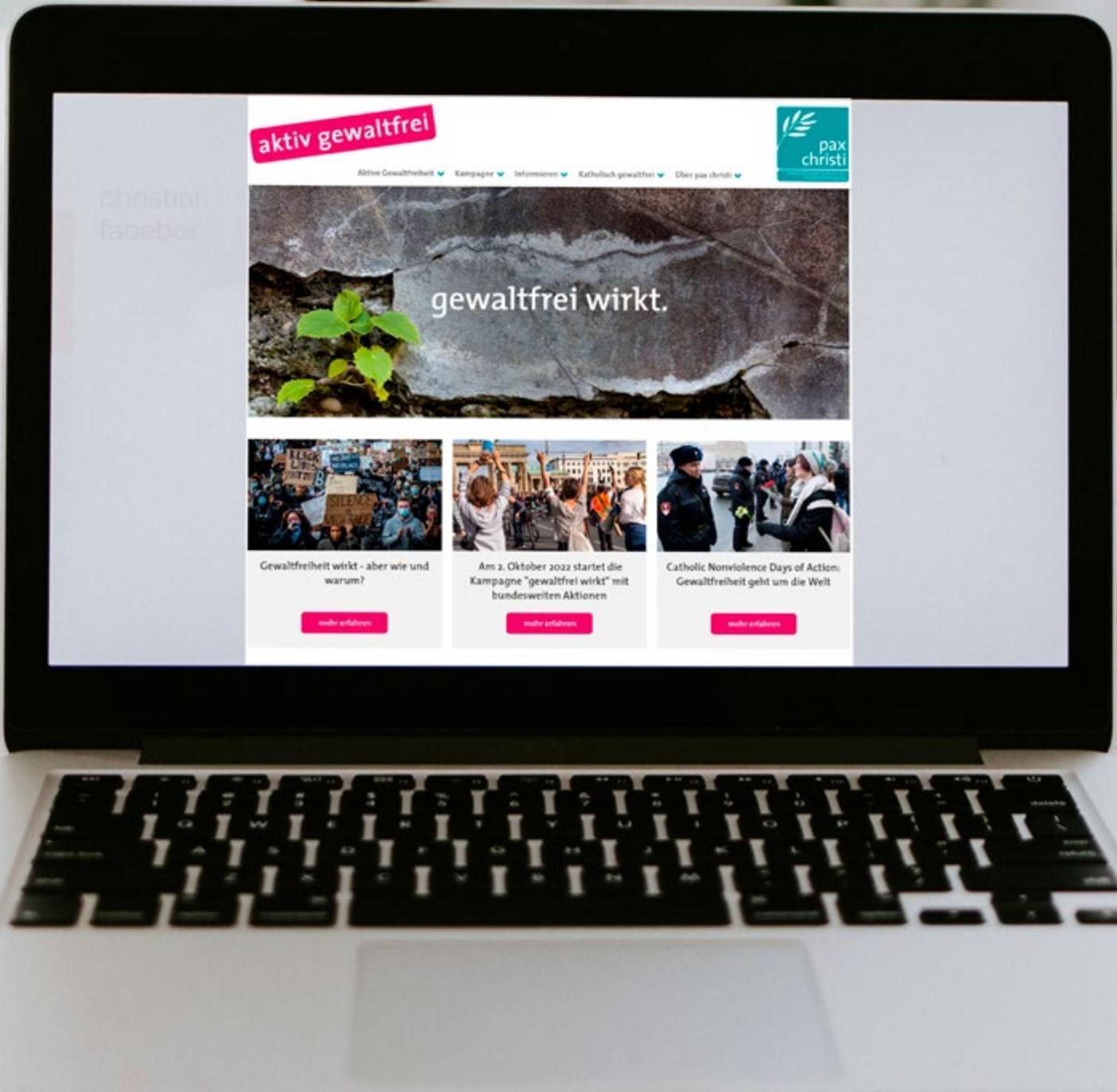
Bei beiden Ansätzen wird deutlich, dass es sich nicht nur um utopische Ideen handelt. Die Vorstellung von zahlreichen Initiativen und Anwendungsbeispielen aus aller Welt zeigt, dass sich bereits unzählige Menschen gewaltfrei und erfolgreich für Frieden und Gerechtigkeit einsetzen. Wer durch die Website Lust auf mehr bekommt, wird ebenfalls fündig. Zahlreiche Publikationen wie „Erfolge der Gewaltfreiheit“ und „Wie funktioniert aktive Gewaltfreiheit“, die im Rahmen des pax christi-Projektes „gewaltfrei wirkt“ entstanden sind, stehen zum Download und Versand bereit. Auch der pax christi-E-Learning-Kurs „aktiv gewaltfrei“ sowie ausgewählte Artikel der pax_zeit sind über die neue Website abrufbar. Multiplikator:innen finden auf der Website Material und Anregungen für ihre Arbeit zur Gewaltfreiheit. Dazu gehört auch eine Broschüre mit neu entwickeltem Bildungsmaterial für die außerschulische und schulische religionspädagogische Jugendarbeit.

Die Website als Aushängeschild unserer neuen Kampagne

Die Website wird zur neuen Kampagne von pax christi zur aktiven Gewaltfreiheit beitragen, deren Vorbereitung auf der Delegiertenversammlung im Oktober 2021 beschlossen wurde. Vor dem Launch der Kampagne, die momentan von einer Arbeitsgruppe konzipiert wird, werden Interessierte durch Ankündigungen, Hintergrundinformationen, Materialien und Mitmachoptionen eingeladen werden, sich an der Kampagne aktiv zu beteiligen.

Damit soll die Website als Informations- und Aktionsportal dienen, das möglichst viele Menschen für die Gewaltfreiheit begeistert und sie beim gewaltfreien Handeln unterstützt. Denn Gewaltfreiheit wirkt zwar – ist aber keineswegs ein Selbstläufer. Nur wenn sich genügend Menschen dafür stark machen, hat gewaltfreies Handeln die Chance, der vorherrschenden Gewalt und Ungerechtigkeit etwas entgegenzusetzen und zum führenden Stil unserer Sicherheits- und Außenpolitik zu werden.

Inga Ferber ist Projektreferentin für Aktive Gewaltfreiheit bei pax christi.



www.gewaltfreiaktiv.de

Verantwortung als Prinzip

Jüdisch-christliche Begegnung in Brühl

Werner Höbsch



Die pax christi-Gruppe Brühl hatte am 5. November 2021 Rabbiner Walter Rothschild aus Berlin zu einem jüdisch-christlichen Dialog zu Gast. Ausgehend von zwei biblischen Texten wurde „Verantwortung als Prinzip“ ins Zentrum gestellt. Im Vorfeld war vereinbart, dass Rothschild die Geschichte von Kain und Abel (Gen 4) und pax christi Brühl die Erzählung vom „barmherzigen Samariter“ (Lk 10,30-37) zum Ausgangspunkt nehmen. Kontext des Gesprächs war das Gedenken an die Opfer der Pogromnacht 1938 und das schuldhafte Versagen von Christ:innen.

Im Jubiläumsjahr 2021, in dem auf „1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“ geblickt wurde, wurde auch die Frage nach dem Stand des jüdisch-christlichen Dialogs aufgeworfen – eine Frage, die besonders die christlichen Dialogpartner:innen fordert. Dass Jesus Jude war, ist keine neue Erkenntnis. Allerdings stellt sich die Frage nach den Folgerungen dieser Einsicht für eine christliche Theologie, die durch Jahrhunderte in Absetzung von ihren jüdischen Wurzeln gelehrt wurde. Die Loslösung vom Judentum und die Identitätsfindung des „Christentums“ – eine Bezeichnung, die erst im zweiten Jahrhundert aufkommt, entwickelte sich in der Verwerfung und der versuchten Enteignung des Judentums. Antijudaismus und Antisemitismus blieben durch Jahrhunderte auch im Christlichen präsent. Erst mit dem Zweiten Vatikanischen Konzil wurde eine Umkehr vollzogen und ein dialogischer Weg beschritten.

„Viele Christ:innen wünschen sich heute, Jahrzehnte nach der Shoah, ein harmonisches Verhältnis zum Judentum.“ Der Wunsch nach Harmonie sei ehrenwert, aber auch vereinnahmend. „Vielmehr muss es darum gehen, Unterschiede wahrzunehmen, zu respektieren und keine ‚Einheitssauce‘ darüber zu gießen. Christ:innen und Jüd:innen beziehen sich beide auf die Hebräische Bibel, christlich: das ‚Alte Testament‘, sie lesen diese aber unterschiedlich.“

Dialog heißt nicht Gleichmacherei

Entschieden setzte sich Rothschild in Brühl gegen Gleichmacherei im Dialog ein. Auch in christlich-jüdischen Beziehungen ist Ambiguitätstoleranz, die Fähigkeit, Unterschiede auszuhalten und zu respektieren, nötig. Wenn Menschen sich in ihren religiösen Überzeugungen unterscheiden, folgt daraus nicht, dass sie zu Gegner:innen oder gar Feind:innen werden müssen. Nicht im Unterschiedensein liegt das Problem, sondern in einer Konstruktion des/anderen „Anderen“, des/der „guten“ oder „schlechten“ Jüd:in. Anerkennung der Diversität, nicht Uniformität sei in einer Gesellschaft der Vielheit nötig.

Im Dialog gilt es, Fragen offenzuhalten. Rothschild: „Ich habe Angst vor Menschen, die auf jede Frage sofort eine Antwort haben. Die Bibel ist ein Buch, das Fragen aufwirft und nicht auf jeder Seite Antworten vorlegt.“ Rothschild verdeutlichte das an der Geschichte von Kain und Abel. Wir glauben zu wissen,

„Vielmehr muss es darum gehen, Unterschiede wahrzunehmen, zu respektieren und keine ‚Einheitssauce‘ darüber zu gießen. Christ:innen und Jüd:innen beziehen sich beide auf die Hebräische Bibel / das ‚Alte Testament‘, sie lesen diese aber unterschiedlich.“

dass Kain der Schuldige ist. Aber trägt nicht Gott die Verantwortung oder zumindest eine Mitschuld am Totschlag, da er das Opfer Abel wohlwollend angenommen, das Geschenk von Kain aber verschmäht hat? Da Kain Gott nicht schlagen konnte, erschlug er seinen Bruder. „Bin ich der Hüter meines Bruders?“ Diese Frage Kains hallt durch die Jahrhunderte und ist auch heute aktuell.

Unter die Räuber gefallen

pax christi Brühl nahm im Dialog mit dem Rabbiner Bezug auf die neutestamentliche Beispielerzählung vom „barmherzigen Samariter“. Es muss keine Einheitssauce über den Text gegossen werden, um zu erkennen, dass dieser ganz und gar in der jüdischen Tradition verankert ist, sowohl in der Gesprächsführung wie auch in den inhaltlichen Aussagen dokumentiert er eine innerjüdische Diskussion. Sie beginnt mit der Frage: „Was muss ich tun, um das ewige Leben zu erhalten?“ Nicht von ungefähr kommt in Lk 10,30-37 viermal das Wort „tun“ (griech. poiein) vor. Der dort geführte Dialog mündet in einer weiteren Frage: „Wer wird mir zum Nächsten?“ Die Antwort ist eindeutig: die Person, die unter die Räuber gefallen ist. Die Liebe zu Gott wird biblisch untrennbar mit dem Einsatz für Opfer von Gewalt, für Verwundete und Misshandelte verbunden. Im Judentum gilt die Orthopraxie, das Handeln aus dem Glauben, als wichtiger als die Orthodoxie. Es kommt darauf an, die Thora zu tun und, wie es im Dokument orthodoxer Rabbiner zum Verhältnis

zum Christentum (2015) heißt: „Den Willen unseres Vaters im Himmel tun“.

Einigkeit herrschte in der jüdisch-christlichen Begegnung in Brühl darüber, dass es heute darum gehen muss, die Schreie der Verwundeten zu hören, die Schreie der Geflüchteten, Entrechteten und der Opfer von Krieg und Terror. Das Prinzip Verantwortung gilt für alle Menschen, religiös verortete und nichtreligiöse, es verbindet Menschen jüdischen und christlichen Glaubens. Die Beschäftigung mit biblischen Texten ist kein erbaulicher Selbstzweck, sondern führt in die Gegenwart und ruft zur Verantwortung. Der geschichtliche Bruch zwischen Christentum und Judentum kann nicht aufgehoben werden. Aber Antijudaismus und Antisemitismus können überwunden werden – eine bleibende Aufgabe nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil.

Der Dialog muss weiterhin geführt werden – mit Blick auf das Verstehen der Schrift und auf eine Praxis des Friedens und der Gerechtigkeit.

Werner Höbsch ist Mitglied der pax christi-Gruppe in Brühl und Sprecher der pax christi-Kommission Christlich-Muslimischer Dialog.

pax christi-Geschichte persönlich erlebt

Deutsch-französische Jugendarbeit und die Anfänge der Friedensarbeit

Friedhelm Boll



Am 3. April 1948 wurde die deutsche pax christi-Sektion in Kavelaer gegründet. 2023 wird pax christi Deutschland 75 Jahre alt. Die pax_zeit begleitet den Vorbereitungsprozess auf diesen Geburtstag mit verschiedenen Beiträgen zur pax christi-Geschichte. Wir starten hier mit Erzählungen von einem, der von sich selbst sagt, er sei ein pax christi-Kind, weil der im Jahr 1945 geborene Friedhelm Boll in seiner Kindheit und Jugend in Trier intensiv die pax christi-Aktivitäten seiner Mutter in den 50er und 60er-Jahren miterlebte. Sein Bericht bestätigt aus dem persönlichen Erleben die wichtige Bedeutung des Quickborn für die ersten pax christi-Jahre.

Meine Mutter Anni Boxel, verheiratete Boll (Jahrgang 1911), baute mit etwa 18/20 Jahren mehrere Jungborn-Gruppen in Bad Godesberg und später auch in Trier auf. Jungborn und Quickborn verstanden sich im Unterschied zur allgemeinen Jugendbewegung als Reformgruppe des Katholizismus. Mit Romano Guardini strebten sie die Reform der Liturgie an (Messfeier mit Blick zur Gemeinde, deutsche Sprache der Messtexte, gemeinsame Einnahme der Kommunion).

Ich gehe davon aus, dass meine Mutter bereits während des Dritten Reichs mit Pater Manfred Hörhammer in Kontakt

stand, der nach seiner Primiz, so um 1927, eine Kaplanstelle im Saarland bekam und dort auch Quickborn-Arbeit machte. Als meine Mutter 1946/47 und dann wieder ab 1955 mit der pax christi-Arbeit begann, logierte Pater Manfred oft in unserem Hause. In der Trierer Liebfrauenkirche las er regelmäßige pax christi-Messen, predigte und sprach im Anschluss auf unseren Versammlungen. 1955 begann meine Mutter gemeinsam mit französischen Militärggeistlichen der Besatzungstruppen möglichst viele französische Soldaten an Weihnachten in Quickborn-Familien einzuladen. So wurde es viele Jahre gemacht. Überwiegend wurden katholische Seminaristen (Theologiestudenten) eingeladen und immer wieder gemeinsame Gottesdienste gefeiert. Mit den Priesteramtskandidaten entwickelten sich Freundschaften und viele Kontakte nach Frankreich.

Quickborn und pax christi

Der Trierer Quickborn war von Anfang an in die Trierer pax christi-Arbeit einbezogen. Ich habe Fotos von Wanderungen, die wir mit den Franzosen gemacht haben. Die französischen Soldaten mussten damals während des Algerienkrieges immer, auch am Wochenende, Uniform tragen. Es gibt ein Foto, auf dem viele Trierer Quickborner

gemeinsam mit Soldaten und einigen Freundinnen meiner Mutter zu sehen sind. Im Prinzip war der Trierer Quickborn identisch mit pax christi. Sie waren sozusagen der Kernbestand der Trierer pax christi. Natürlich kamen auch andere Trier:innen dazu, aber die Identität mit dem Quickborn spielte bis Anfang der 60er-Jahre eine große Rolle.

Die pax christi-Arbeit ging auch über die Stadt Trier hinaus. Es gab Schwerpunkte: im Saarland mit Völklingen, Saarbrücken und Blieskastel. In Völklingen arbeitete der eigentliche Initiator der deutschen pax christi: Joseph Probst. Auch Probst kannte meine Mutter und Manfred Hörhammer schon aus der Zwischenkriegszeit.

Josef Probst, Dolmetscher für Französisch, erstellte die „Dokumente von Bierville“, eine Dokumentation des deutsch-französischen Jugendkongresses aus dem Jahr 1926, an dem mehrere hundert deutsche Jugendliche teilnahmen. Am stärksten vertreten war damals der Quickborn. Dieser Kongress gilt allgemein als das wichtigste Ereignis der deutschen und französischen Jugend, meist Pazifist:innen, nach dem Ersten Weltkrieg. Auch eine Resolution zur Kriegsdienstverweigerung wurde dort beschlossen. Damals unterschieden sich die deutschen und die französischen Teilnehmer:innen dabei nur in dem einen Punkt: Der militärische Ersatzdienst wurde von den deutschen Jugendlichen abgelehnt, von den Franzosen aber befürwortet.

Wie sah die pax christi-Arbeit aus?

Alle vier Wochen wurde von Manfred Hörhammer oder anderen eine pax christi-Messe gelesen. Zudem bestand eine sehr alte Freundschaft zwischen Andreas Schillo aus Bad Godesberg, mit dem wir verschiedenste Veranstaltungen in Bonn und in Trier machten. Andreas und Sanni Schillo hatten zu den Jugendgruppen meiner Mutter gehört.

Zu den Vorträgen kamen nur wenige französische Soldaten, weil sie wochentags die Kasernen nicht verlassen durften. Was wir häufig organisierten, waren die berühmten Réunions, also die Zusammentreffen mit den Franzosen. Dazu wurden

Zur pax christi-Arbeit dieser Jahre gehörte auch Anni Bolls intensiver Briefkontakt mit den Soldaten in Algerien. Insbesondere die damaligen Seminaristen berichteten ausführlich von Kriegereignissen. Einer davon, mit dem ich noch heute Kontakt pflege, berichtet, dass die Briefe an meine Mutter meist offener und aufrichtiger waren, als die Briefe an die eigenen Verwandten. Madame Boll kam ihm vor wie eine Mutter, die sie alle in ihre Arme nahm.

Räumlichkeiten in den französischen Kasernen zur Verfügung gestellt. Wir machten Singe- und Spielabende, auch Karnevals- und Tanzveranstaltungen. Singen und Spielen, das ging immer. Die französischen Soldaten waren ja mit 19 bis 20 Jahren ziemlich jung. Ab Anfang der 60er-Jahre, dem Ende des Algerienkrieges, nahmen diese Aktivitäten langsam ab. Ab Ende der 1950er-Jahre nahmen viele mir bekannte Quickborner:innen an den berühmten Routes de la Paix teil.

Zwei oder drei Mal fuhren wir mit ganzen Bussen nach Metz, wo große Messen in der Kathedrale stattfanden. Dort führten die Trierer Quickborner einen Volkstanz auf. Ich erinnere mich, dass die einzelnen Gruppen mit Fahnen in den Dom einzogen. Ich weiß nicht, ob wir die Quickborn-Fahne dabei hatten, eine pax christi-Fahne gab es damals noch nicht. Aber ich erinnere mich, dass orthodoxe Ukrainer zu großen Teilen in die Kathedrale einzogen. Das hängt damit zusammen, dass dieses Gebiet Lothringens nach dem Zweiten Weltkrieg immer noch ein Migrationspunkt für Osteuropäer:innen war. Dort gab es da Erz- und Kohlebergbau, Schwerindustrie und so weiter. Auch fuhren wir ein paar Mal ins Saarland: mindestens zweimal nach Mettlach. Mettlach ist auch der Sitz der Firma Villeroy & Boch, die das subventionierte. Eine Fahrt nach Saarbrücken zu einer großen Veranstaltung erinnere ich, bei der Paulus Lenz-Medoc sprach. Damals war ich noch so jung, dass ich mit meinem kleinen Bruder hinten im Saal spielte, aber den Namen habe ich behalten. Heute weiß ich, dass Paulus Lenz-Medoc vor dem Krieg Quickborner war. Er ging ins Exil nach Paris, studierte und wurde Professor an der Sorbonne. In den 30er-Jahren hatte er unter Pseudonym im Friedensbund der deutschen Katholiken mitgearbeitet und war eng mit Walther Dirks verbandelt.



Foto: Friedhelm Boll

Der Historiker Prof. Dr. Friedhelm Boll ist Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats von pax christi und in Bonn aktiv.



Für Diversität in der katholischen Kirche!

Gemeinsame Erklärung katholischer Verbände und Organisationen

Die katholische Kirche ist so vielfältig wie die Gesellschaft selbst und Heimat für jede:n. Niemand darf wegen der eigenen sexuellen Orientierung und/oder der geschlechtlichen Identität diskriminiert oder ausgeschlossen werden. Das betrifft auch Hauptberufliche und Ehrenamtliche, die sich in der katholischen Kirche sowie in Verbänden und Organisationen aus Überzeugung und auf vielfältige Weise engagieren. Diverse Menschen müssen in der katholischen Kirche sicht- und hörbar werden. Wir stellen uns deshalb ausdrücklich gegen Homophobie und fordern eine Kultur der Diversität in der katholischen Kirche.

Wir brauchen eine kirchliche Sexualmoral, die die Lebenswirklichkeit der Menschen akzeptiert und respektiert. Es darf nicht länger hingenommen werden, dass Menschen in kirchlichen Kontexten aus Angst gegenüber Kirchenvertreter:innen ein Schattendasein führen müssen, wenn sie nicht dem von der Kirche normierten Geschlechterbild entsprechen. Ein Outing im Rahmen von #OutInChurch ist ein mutiger und für viele sicherlich kein einfacher Schritt. Mit der Stärke unserer gemeinsamen Stimme solidarisieren wir uns mit den mutigen Personen – auch in unseren Reihen – und unterstützen ihre Forderungen.

Als katholische Verbände und Organisationen setzen wir uns für Geschlechtergerechtigkeit in der Kirche ein und engagieren uns auf dem Synodalen Weg. Christ:innen wollen und sollen sich grundsätzlich gleichwertig, gleichberechtigt und in ihrer

Einmaligkeit wertgeschätzt fühlen. Wir brauchen jetzt und in der Zukunft eine glaubwürdige und angstfreie Kirche, in der alle Christ:innen willkommen sind. Deshalb fordern wir, dass Diskriminierungen und Ausgrenzungen, besonders im kirchlichen Arbeitsrecht, grundsätzlich unterbunden werden.

Gleichzeitig rufen wir alle Menschen, ob innerhalb oder außerhalb der Kirche, dazu auf, ebenfalls ein Zeichen für eine Kultur der Diversität in der katholischen Kirche zu setzen und sich für eine Kirche ohne Angst zu engagieren.

Unterzeichner:innen und Unterstützer:innen der Initiative #OutInChurch:

AGENDA, AKH, BDKJ, BKRG, BVPR, DPSG, GCL-JM, Maria 2.0, Initiative „meinGottdiskriminiertnicht.de“ KAB, KDFB, kfd, KLJB, pax christi – Deutsche Sektion, PSG, SkF, SKM, VKR, Wir sind Kirche, Präsidium des Zentralkomitees der deutschen Katholiken



Das Manifest und die Kernforderungen der Initiative #OutInChurch – für eine Kirche ohne Angst findet sich auf der Website www.outinchurch.de.

Diözesanverband Berlin



berlin@paxchristi.de



Fotos: pax christi Berlin

Dezentrale antifaschistische Streuobstwiese

Susanne Deufel-Herbolte und Reinhard Herbolte

Seit einigen Monaten leben wir auf einer „dezentralen antifaschistischen Streuobstwiese“. Bruder Emanuel, ein Steyler Missionar, der seit einigen Monaten in unserer Gemeinde in Kreuzberg lebt, hatte die Idee, Korbinian-Apfelbäume bei den beiden Kirchen unserer Gemeinde zu pflanzen. Und weil Reinhard Geburtstag hatte, bekamen auch wir einen Apfelbaum in unseren Garten in Neukölln. Der Name Korbinian erinnert an den mutigen bayerischen Pfarrer und Pomologen Korbinian Aigner, der ein Gegner der Nazis war. Er kritisierte diese in seinen Predigten ganz offen und weigerte sich, Kinder auf den Namen Adolf zu taufen. Wegen seiner Äußerungen wurde er zuerst zu Geld-, dann zu Haftstrafen verurteilt. Die meiste Zeit davon verbrachte er im Konzentrationslager Dachau, wo er sein Hobby, Apfelsorten zu züchten, heimlich fortsetzen konnte. Er züchtete vier Apfelsorten und nannte sie KZ 1 bis KZ 4. 1945 auf dem Todesmarsch nach Südtirol gelang ihm bei Starnberg die Flucht. Kleine Setzlinge seiner Züchtungen hatte er bei sich. Neben seiner Tätigkeit als Pfarrer einer Gemeinde engagierte er sich weiter als Pomologe und wurde

als solcher sehr bekannt. Er starb 1966. Nur die Apfelsorte KZ 3 überlebte. Sie wurde 1985 zum Gedenken an Aigners 100. Geburtstag in Korbinian-Apfel umbenannt, um den mutigen Priester zu ehren. Die Apfelbäume bei unseren Kirchen und in unserem Garten erinnern uns täglich daran, dass es auch in den schwierigsten Situationen möglich ist, neues Leben für die Zukunft zu schaffen. Schon Martin Luther sagte: „Wenn morgen die Welt unterginge, ich würde heute einen Apfelbaum pflanzen.“

Was noch in Berlin?

Das Gedenken an Menschen, die Widerstand gegen Unrecht geleistet haben und die Erinnerung besonders an die Opfer des II. Weltkrieges sind Schwerpunkte unseres Engagements in Berlin.

Seit über 35 Jahren ist eine Projektgruppe in der Solidaritätsarbeit Sri Lanka aktiv und gibt einen regelmäßigen Rundbrief heraus – siehe paxchristi.de bei den Publikationen.

Kommission Christlich-Muslimischer Friedensdialog

Werner Höbsch



Mit Beschluss der Delegiertenversammlung 2021 wurde die Kommission Christlich-Muslimischer Friedensdialog eingesetzt, mit dem Auftrag, den Friedensdialog in Theorie und Praxis zu fördern. Die Kommission benötigt keine Einarbeitungszeit, da sie bisher als AG Christlich-Muslimischer Dialog seit ihrer Einsetzung durch die DV 2015 tätig war.

Warum christlich-muslimischer Friedensdialog?

Gewalt in all ihren Formen ist schreckliche Realität, zu der in unserer Gesellschaft auch Rassismus, Antisemitismus und Islamfeindlichkeit gehören. Ein Exklusivismus, der auch innerhalb von Religionsgemeinschaften anzutreffen ist, trägt bereits den Keim der Gewalt in sich. In einem christlich-muslimischen Friedensdialog ist die kritische Auseinandersetzung mit Ursachen eigener, religiös motivierter Gewalt in Geschichte und Gegenwart notwendig sowie die Erkundung und das Beschreiten gemeinsamer Wege zur Überwindung von Gewalt. Dies erfordert auch, friedensfördernde Positionen in Kirchen und Moscheegemeinden einzubringen. Den christlich-muslimischen Friedensdialog leitet die Überzeugung, dass es in beiden Religionen diese Ressourcen für den Frieden gibt und diese fruchtbar werden können. Eines Dialogs bedarf es, weil keine Religion eine Insel ist und in interreligiösen Begegnungen gemeinsam Schritte zum Frieden erkundet und gegangen werden können.

Diese Überzeugung lag auch der Gründung der „Christlich-Muslimischen Friedensinitiative Deutschland“ (CMFD) zugrunde. Die in der CMFD gewachsenen, auch persönlich

getragene Vertrauensverhältnisse haben sich als gute Grundlagen der Zusammenarbeit erwiesen. Die von der Initiative durchgeführte Fortbildung „Friedensbot:innen“ ist ein Leuchtturmprojekt, über das nach Abschluss berichtet wird. Es nehmen 15 Personen aus muslimischen und christlichen Gemeinschaften teil, die sich in ihren Kontexten für Frieden engagieren wollen.

Welche Ziele und welche Aufgaben hat die Kommission?

Die Mitarbeit in der CMFD, in der Dialogbeauftragte islamischer Verbände mitarbeiten, gehört zum wesentlichen Auftrag. Nicht nur Dialogbeauftragte, sondern auch Muslim:innen aus Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft sollen in den Friedensdialog einbezogen werden. Der Dialog mit den Protagonist:innen sowie mit Vertreter:innen konservativer Religionsgruppen ist gleichermaßen wichtig.

Impulse einer interreligiösen Friedenstheologie und -praxis (Good-Practice-Anregungen) sollen innerhalb von pax christi gesammelt und geteilt werden. Die Kommission freut sich über einen lebendigen Austausch.



christlich-muslimischer-dialog@
paxchristi.de

Glaube ist immer auch Gewaltanschauung

Klaus Hagedorn

„Je mehr jemand fähig ist, die Zerstörung des Menschen wahrzunehmen, sie zu beklagen und gegen sie zu kämpfen, desto mehr kann er genötigt werden, einer Sprache Glauben zu schenken und sie zu benutzen, die ein Versprechen an den geschändeten Menschen ist.“ (Fulbert Steffensky) Diese Erfahrung teile ich voll. Denn: Christlicher Glaube ist immer auch Gewaltanschauung – und darin Zumutung! Friedens- und Versöhnungsarbeit ohne Gewaltanschauung gehen nicht. Dafür steht das Kreuz als das Zeichen der Christenmenschen.

Der Künstler Roland Peter Litzenburger aus Markdorf am Bodensee hat ein besonderes Kreuz geschaffen – seine letzte Arbeit über vier Jahre in immer neuen Anläufen. Er hat Jesus mit Konsequenz gestaltet als den Freund aller Gekreuzigten und an Gewalt Leidenden, der gerade darin Gottes geliebter Sohn, unser Bruder ist.

Das Litzenburger-Kreuz zeigt die nackte Wahrheit, ganz ungeschminkt. Der Korpus hat eine überdimensional große Wunde im Brustbereich; er wirkt wie aufgeschlagen, wie dahin geschlachtet. Kein Betuchter hängt da. Der da hängt, ist völlig nackt. Ihm ist die Blöße gegeben, er ist bloßgestellt. Das Kreuz macht Ernst mit dem Glauben an die Gegenwart des Gekreuzigten in der Welt und zeigt den Gefolterten, Gemarterten als Abbild Christi. Hier ist eine Kreuzskulptur geschaffen gegen christliche Blindheit vor der sozialen und politischen Wirklichkeit. Und hier ist einer Hoffnung Ausdruck gegeben. Sie „lässt es nämlich nicht zu, dass wir über seiner Leidensgeschichte die anonyme Leidensgeschichte der Welt vergessen; sie lässt es nicht zu, dass wir über seinem Kreuz die vielen Kreuze in der Welt übersehen, neben seiner Passion die vielen Qualen verschweigen, die ungezählten namenlosen Untergänge, das sprachlos erstickte Leiden, die Verfolgung zahlloser Menschen, die wegen ihres Glaubens, ihrer Rasse oder ihrer politischen Einstellung ... zu Tode gequält werden ...“ (Würzburger Synode 1975: Unsere Hoffnung, Teil I, 2)

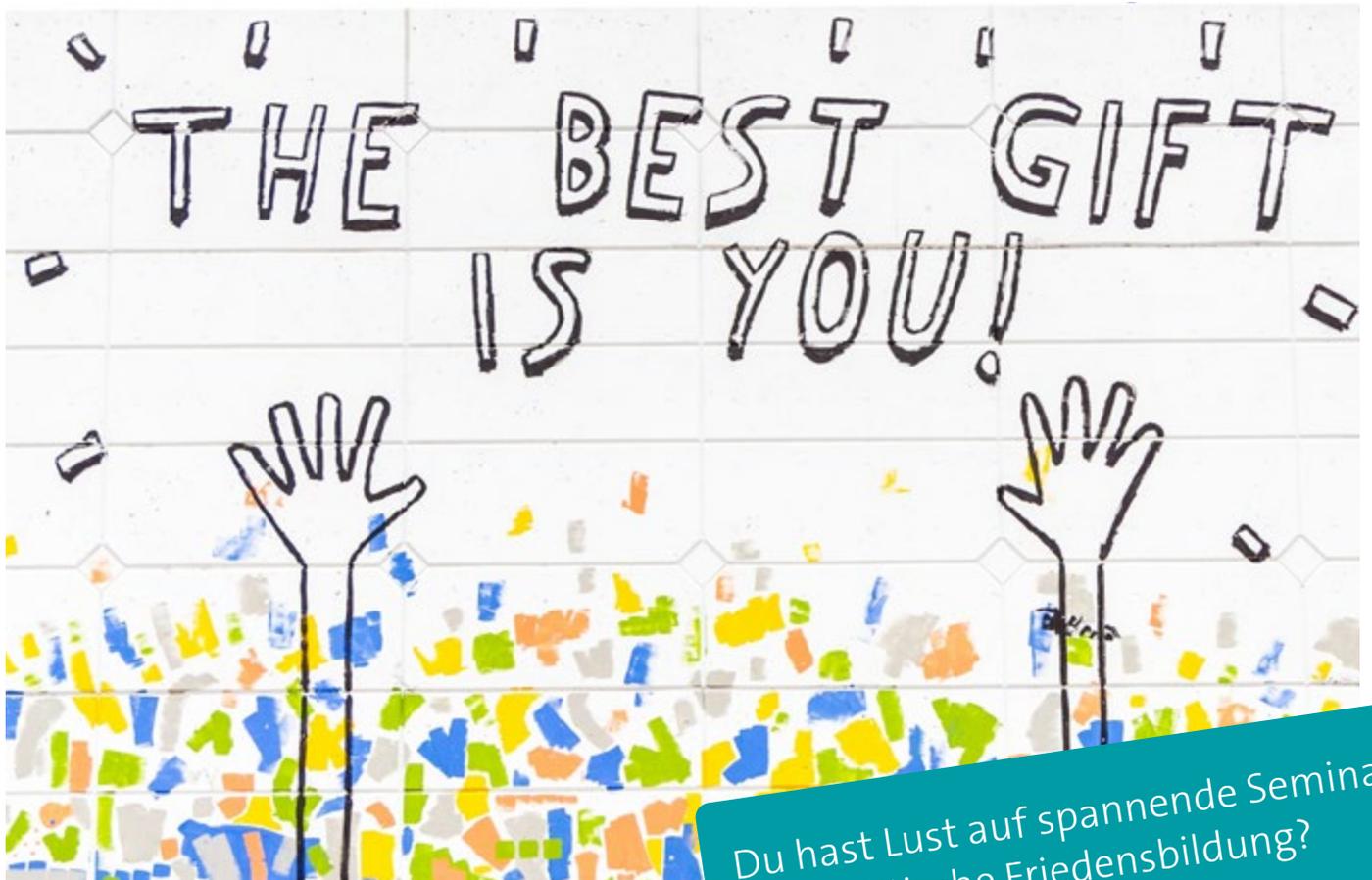
Es geht um die Erinnerung an die Blickrichtung Jesu. Jesu erster Blick galt immer fremdem Leid. Diese Empfindsamkeit für das Leid der anderen ist Ausdruck jener Liebe, die Jesus meinte, wenn er von der unzertrennlichen Einheit von Gottes- und Nächstenliebe sprach: Gottesleidenschaft als Mitleidenschaft.

So steht dieses Kreuz für mich für den langen Marsch in der Gemeinschaft derer, die sich Gewaltanschauung, Frieden und Versöhnung auf die Fahne schreiben. Es steht für mich für eine Hoffnung, die ein Engagement ist in der Gewissheit, dass es Sinn ergibt, egal, wie es ausgeht.

Klaus Hagedorn ist Geistlicher Beirat des pax christi - Deutsche Sektion e. V.

Roland Peter Litzenburger, Kreuz 1987
Raum der Stille der Kath. Hochschulgemeinde
Oldenburg im Oscar Romero Haus





Du hast Lust auf spannende Seminare
und politische Friedensbildung?
Kein Problem! Werde Freiwillige:r bei pax christi!

Freiwillige Friedensdienste

Wir freuen uns jederzeit über Bewerbungen für Friedensprojekte im Westlichen Balkan, in Ecuador, in Polen und im Nahen Osten. Pax christi entsendet jedes Jahr Freiwillige in sechs verschiedene Länder in Einsatzstellen mit tollen Möglichkeiten.



Kontakt:
pax christi Aachen
www.pax-friedensdienste.de